

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowsky 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebühreneinsendung auf Postk. Adress: Alfred Riedel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. freitag

Die Reaktion auf dem Vormarsch.

Am 30. August trat der Deutsche Reichstag zusammen. Der Ausfall der letzten Reichstagswahlen ist noch in aller Erinnerung, und schon die Wahl des Präsidiums zeigte klar die neue Situation. Präsident wurde der Nationalsozialist Göring, in die drei Vizepräsidentenstellen teilten sich Zentrum, Deutsch-nationale und Bayerische Volkspartei. Die Sozialdemokratie als zweitstärkste Fraktion des Reichstags unterlag bei allen Wahlen. Die bürgerlichen Parteien wollten unter sich sein.

Dabei zeigen zur Zeit gerade die Kreise, von denen man es bis vor kurzem am wenigsten vermutet hätte, eine geradezu fanatische Verfassungstreue. Der Nationalsozialist und Reichstagspräsident Göring wandte sich in seiner Eröffnungsansprache gegen Nachrichten über eine beabsichtigte Ausweitung des Reichstages, der angeblich über keine arbeitsfähige Mehrheit verfüge. „Das deutsche Volk und das Ausland würden durch solche Nachrichten mehr und mehr beunruhigt. Er sei überzeugt, daß der Herr Reichspräsident nur gemäß der von ihm an dieser Stelle (im Reichstag) beschworenen Verfassung handeln werde. Zum ersten Male besäße der Deutsche Reichstag wieder eine nationale Mehrheit, die gewillt sei, das deutsche Volk aus drückendster materieller Not und dumpfer keilföhrer Verzweiflung herauszuführen.“

Die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit kennen diese Tiraden aus der Wahlagitiation der NSDAP und wissen, daß daraus nichts zu geben ist. Aber auch das Reichsabinett scheint anderer Meinung zu sein als Herr Göring. Zur selben Zeit, in der der Reichstag eröffnet wurde, weilten die Herren von Papen, von Schleicher und von Gagal in Reudel beim Reichspräsidenten, um sich die Vollmacht zu holen, im Falle eines ernstlichen Konflittes den Reichstag aufzulösen. Zu gleicher Zeit erhielt auch der Verlag des „Vorwärts“, des Zentralorgans der SPD, vom kommissarischen Berliner Polizeipräsidenten die Mitteilung, daß das Erscheinen des „Vorwärts“ für drei Tage verboten sei, „weil er in der Spätausgabe vom 29. August 1932 auf der ersten Seite eine Abhandlung zu dem Programm des Reichstanzlers gebracht habe, das in dieser Abhandlung als Programm des Verfassungsbruches bezeichnet werde. Diese Charakterisierung, die keinerlei tatsächliche Unterlagen habe, stelle eine grobe Beschimpfung und Verächtlichmachung des Herrn Reichstanzlers dar.“

Wie kam der „Vorwärts“ zu diesem Verbot?

Am 28. August hat Herr von Papen in einer Versammlung des Westfälischen Bauernbundes in Münster sein Programm zur Behebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit vorgetragen. Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft lehnte die Reichsregierung ab. Dagegen sollen den Unternehmern Steueranrechnungsscheine gegeben werden für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie die Umsatzsteuer, die Realsteuer, die Gewerbesteuer und die Beförderungsteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig eingezahlt werden. Diese Scheine werden mit einemagio versehen und dadurch den Charakter eines Darlehens der einzelnen Steuerpflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine soll es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Die Steuerschuldner müssen also ihre Steuern im laufenden Jahr zwar voll bezahlen, bekommen aber für einen Teil ihrer Zahlungen nicht lediglich die normalen Quittungen, sondern als Dreingabe

Quittungen für nicht bezahlte, in den Jahren 1934 bis 1938 fällige Steuern.

Die Reichsregierung ist nun der Meinung, daß die Unternehmer diese Quittungen befehlen werden, um dann das so gewonnene Geld in die Produktion zu stecken. Auf diese Weise hofft sie rund 1 1/2 Millionen Menschen neu in Arbeit zu bringen. Dieser Gedanke der Anlurbelung der Wirtschaft dürfte nicht so leicht durchführbar sein, wie sich Herr von Papen die Geschichte vorstellt. Es ist ja nicht so, daß es unseren deutschen Unternehmern nur an Initiative fehlt, sie finden nur nicht genügend Abnehmer für ihre Produkte. Die Schrumpfung des Warenumsatzes ist zu einem großen Teil der planmäßigen Drosselung der Massenauflast durch die Reichsregierung zuzuschreiben. Diesen Zustand will der Vorschlag von Papens nicht beseitigen, sondern er will ihn noch verschärfen.

Nach dem Regierungsvorschlag soll neben der Ausgabe von 1,5 Milliarden Mark Steuern zur Behebung der Wirtschaft und zur Hereinnahme neuer Arbeitskräfte noch ein Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Neben dem allgemeinen Steuererleichterung soll also jeder Unternehmer, der Leute einstellt, für jeden Arbeiter ein weiteres Geschenk von 400 Mt. erhalten.

Um den Arbeitgebern einen weiteren Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter zu geben, sollen die Arbeitgeber ermächtigt werden, bei Mehrreinstellung von Arbeitskräften den Tariflohn zu unterschreiten. Der Lohn soll jedoch nicht im gleichen Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft zunimmt, sondern er darf nicht unter dem Existenzminimum liegen. Wie sich Herr von Papen dieses Existenzminimum vorstellt, ist bisher kein Geheimnis geblieben.

Beim Bekanntwerden des Wirtschaftsprogramms des von Papen-Kabinetts setzte ein Sturm des kapitalträchtigen Publikums an der Börse ein. Die Kurse der meisten Industrieaktien stiegen stark an. Besonders aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet kamen größere Aufträge mit der Begründung, daß die dortige Montanindustrie in großem Umfange Steuererleichterungsscheine bekommen werde. Noch ist nicht zu ersehen, ob und in welchem Ausmaße der Mittelstand und hier wieder die Kleinmeister an diesem Geschenk an das Unternehmertum beteiligt werden sollen. Bestimmt ist bisher nur das eine, daß die Arbeitnehmer bei dieser Aktion die Leidtragenden sind.

Die Tarifverträge will Herr von Papen aufrecht erhalten wissen. Er will die Arbeitgeber nur von dem lästigen Zwang befreien, die abgeschlossenen Tarifverträge einzuhalten. Herr von Papen führte dazu aus:

„Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten. Was sie aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege freiwilliger Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung ordnen. Unsere Tarifverträge sind vielfach immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitnehmergruppen nicht gebührend Rücksicht.“

Besonders am Herzen liegt mir die Erhaltung der Produktionsstätten. Es sollte in der heutigen Zeit nicht vorkommen, daß Betriebe, die bei vernünftiger Berücksichtigung ihrer besonderen Notlage aufrecht-

erhalten werden können, infolge der Starrheit tariflicher Bindungen zum Erliegen kommen.

Die Reichsregierung hat den Beteiligten schon wiederholt nahegelegt, für derartige Sonderverhältnisse Ausnahmemöglichkeiten im Tarifvertrag selbst vorzusehen. Leider ist dies nicht überall in erforderlichem Umfange geschehen. Ich halte es daher für notwendig, für diese Fälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen.“

Wie sich die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften zu diesen arbeitgeberfeindlichen Plänen der Reichsregierung einstellten, besagt nachstehendes Telegramm, das die Gewerkschaftsvorstände sofort nach Bekanntwerden der Regierungspläne an den Reichspräsidenten von Hindenburg gesandt haben:

„Die Erklärungen des Reichstanzlers in Münster über Absichten der Reichsregierung bedeuten tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechts, einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Gewerkschaften appellieren an Herrn Reichspräsidenten, solcher beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.“

In einem Aufsatz: „Voterung des Tarifvertrages“ hat die „Gewerkschafts-Zeitung“, nicht nur als Meinung der Gewerkschaften, sondern aller maßgebenden wissenschaftlichen Arbeitsrechtler, festgestellt, daß die Unabdingbarkeit der Tarifverträge verfassungsmäßig gewährleistet ist, und zwar unter Ausschluß des Rechts des Reichspräsidenten, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in den Unabdingbarkeitsgrundlagen einzugreifen. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung die in dem Vortrag des Reichstanzlers von Papen erklärten Absichten durchführen wird, dann ist der Nachweis, daß das kein Verfassungsbruch wäre, nicht einmal mehr ein Spiel mit Worten.

Wir wollen weder Jahrtausende noch Jahrhunderte zurückgreifen, sondern nur 60 Jahre bis zur Gründung des Deutschen Reichs. Aber seit dieser Zeit hat es noch keine Regierung und noch kein Regierungsprogramm gegeben, das so hundertprozentig einseitig alle Vorteile den Unternehmern zugebilligt und alle Nachteile den Arbeitern auferlegt hat. Man kann mit Hilfe der Reichsmehr, der Schutzpolizei und anderer Machtmittel die „Ruhe und Ordnung“ in Deutschland nach außen hin erhalten. Aber niemals wird man mit irgendwelchen Machtmitteln erreichen können, daß die 20 Millionen deutschen Arbeiter und ihre Angehörigen die Mehrheit des deutschen Volkes, sich innerlich mit derartigen Maßnahmen abfinden. Wir sind nämlich während der Zeit der Inquisition angelockt und können mit Don Carlos verlangen: „Geben Sie mich in Freiheit, Stre.“ Diese Gebanntschreiben sind die Arbeiterklasse in erster Linie und vor allem in den Umständen bewahren. Alle weiteren gesetzlich festgelegten Maßnahmen werden sich die Arbeiterklasse mit den Gewerkschaften vorbehalten.

Die vorbesprochenen Pläne der Reichsregierung sollen zwölf Monate (ein Jahr) gelten und „dem organischen Um- und Neubau unseres Staats- und Wirtschaftslebens dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist.“ So sagt Reichstanzler von Papen! Wir aber warten nun einmal die entsprechenden Notverordnungen ab, um dann zu diesen endgültig Stellung zu nehmen.

Für die Arbeiter kann es nur eine Antwort geben: **Zusammenschluß auf der ganzen Linie in den freien Gewerkschaften!**



Unsere Zukunftsaufgaben.

Die Berichterstattung über unseren Verbandstag dürfte nun wohl in allen Verwaltungen stattgefunden haben, und für unsere Kollegenchaft erhebt sich nun die Frage, sind die Beschlüsse, die der Verbandstag gefaßt hat, vielleicht richtiger gefaßt, vom eisernen Maß der gegenwärtigen Verhältnisse diktiert, faßten mußte, die richtigen gemein, gelingt es der Organisation, alle Kräfte zu mobilisieren, die schwierige Arbeit, das Primäre unserer Zukunftsaufgabe, alle noch uns fernstehenden, alle bei uns schon gemessenen Berufsangehörigen, organisatorisch zu erfassen, sie zu sozialistischem Denken zu erziehen, um somit die Voraussetzungen zu schaffen, die sich auf allen Gebieten breitmachenden finsternen, reaktionären Gewalten zu brechen. Späteren Zeiten wird es vorbehalten bleiben, erst in ihrer ganzen Größe den gemäßigten Optimismus und den unbegabten Willen zur Heberwindung der planlosen kapitalistischen Gesellschaftsordnung unserer heutigen verantwortlichen Führer des ADGB zu schämen. Nur zu wahr ist das Wort, welches Tarnow auf dem Verbandstage prägte, es kann wohl der einzelne durch die Wucht der Geschwinde zu Boden gedrückt werden, aber nie und nimmer die freien Gewerkschaften, niemals die sozialistische Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit. Wer sich diese Worte als Richtlinie für sein ferneres Wirken, ganz gleich, welche Funktion er ausübt für die Bewegung, dienen läßt, der wird auch allen Nachschlägen zum Trotz immer wieder die Kraft und den Mut aufbringen, mitzuhelfen, unser Ziel zu erreichen.

Wertvolle Richtlinien für die nächsten drei Jahre hat der Verbandstag in der Frage der Gewinnung neuer Mitglieder gegeben, ob der Beschluß darüber vollkommen richtig ist, wird die Zukunft lehren. Unbestritten darf aber wohl sein, daß dadurch, daß auch erwerbslose Kollegen und Kolleginnen, gegen eine Bezahlung von nur 5 Pf. Wochenbeitrag, Aufnahme in unserem Verband finden können, der denkbar weiteste Spielraum in der Agitation gegeben ist, und die bisher berechtigte Klage über die Unmöglichkeit der Organisation von Arbeitslosen wegen der Starrheit der Statuten nunmehr beseitigt ist. Dieser Beschluß ist meiner Auffassung nach in organisatorischer Beziehung das positivste Ergebnis, und gilt es nun, diesem Beschluß Leben und Inhalt zu geben. Es wird nun an der notwendigen Initiative der führenden Kollegen der örtlichen Verwaltungstellen liegen, je nach den gegebenen Verhältnissen diesem Beschluß Geltung zu verschaffen. Eine eingehende Aussprache über Agitation, Anwendung der Mittel, Verteilung der einzulebenden Kräfte müßte Erfolge zeigen. Bemängeln muß ich in diesem Zusammenhang, daß der Verbandstag leider beschloffen hat, daß den örtlichen Verwaltungstellen nur statt bisher 5 Pf. in Zukunft die Hälfte der Erwerbslosenmarke belassen wird, eine Maßnahme, die manche örtliche Verwaltung in der Enfsaltung ihrer Kräfte etwas hemmt. Ein weiterer, sehr begrüßenswerter Beschluß liegt vor, und zwar die Beitragsfrage bei den Lehrlingen. In Zukunft zahlt ein Lehrling kein Eintrittsgeld mehr, und der Wochenbeitrag ist auf 10 Pf. herabgesetzt bis zum letzten Halbjahr der Lehre. Man braucht sich nur einmal die Zahl der bei uns organisierten zur Gesamtzahl der in den verschiedenen Berufen unserer Interessierten vorhandenen Lehrlinge anzusehen, um daraus zu erkennen,

welch dankbares Gebiet der Betätigung hier vor uns liegt. Die Gewinnung von Lehrlingen kann und darf nicht den Jugendabteilungen unseres Verbandes allein überlassen werden, hier muß alt und jung sich zu harmonischem Arbeiten vereinen. Erleichtert wird die Werbetätigkeit durch die Annahme des Antrags Nr. 134, worin der entscheidende Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht gefordert wird.

Weitere Erleichterungen für die Mitglieder hat der Verbandstag geschaffen, als doch die Art der Neuregelung der Beitragsklassen wohl als eine sehr gute angesehen werden muß. Das Uebersteigen der Klassen, das große Härten mit sich brachte, ist beseitigt. Auch im Eintrittsgeld zeigt sich der Zug der Zeit. Es lag in der Natur der Sache, daß der Verbandstag zu einer so großen Zahl von Anträgen rein finanzieller Art Stellung nehmen mußte. Meine angenehme Aufgabe und wenig populär sind die folgenden Beschlüsse, da es galt, Maßnahmen zu treffen, die Klassenverhältnisse auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Scharf aber sachlich wurde Stellung genommen zu jedem der vorliegenden Anträge, und mancher Gitzsahn wurde gezogen, aber wie eingangs erwähnt, der Zwang der Verhältnisse ist bestimmend gewesen, schweren Herzens zu beschließen, was immer noch hart ist. Am stärksten sind die Abstriche in der Invalidenunterstützung. Es wäre verkehrt, wollte man sagen, hätte Dresden 1929 sich nicht gleich so hoch übernommen, brauchte man heute nicht abzubauen. Die Tatsache aber, daß innerhalb von drei Jahren die Zahl der Invaliden um das Doppelte gestiegen ist und andererseits die Beiträge knapp ein Drittel der 1929 gezahlten erreichen, ist der Faktor, der diese Beschlüsse tat werden ließ, wollte man unseren alten Kämpfern nicht alles nehmen, wollte man das Vertrauen zur Organisation nicht ernstlich erschüttern. Anträge, welche die Frage der Invalidenzuschläge für unsere Kolleginnen behandelten, sind dem Hauptvorstand überwiesen worden, wo die Fragen vorbereitet werden zum kommenden Verbandstag. Bei der Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung, deren Beschlüsse sich nun schon mittlerweile auswirken, ist nur in bezug auf Verlängerung der Anwartschaftszeit, jetzt 65 Wochen, eine Veränderung eingetreten, Höhe und Dauer bleiben bestehen. Als eine ganz erfreuliche Tatsache muß festgestellt werden, daß die Streikunterstützung auf dem Stand gehalten wurde, wie sie vor dem Verbandstag 1929 bestand. Hier steht also dem Willen zum Kampf, wenn es sein muß, kein finanzielles Hindernis im Wege.

Des weiteren sind dem Hauptvorstand eine Reihe weiterer Anträge überwiesen worden, die sich mit Sparmassnahmen befassen. Von dem Gang der Entwicklung wird es abhängen, inwieweit sich der Hauptvorstand gezwungen sehen wird, die überwiesenen Anträge praktisch zu verwirklichen.

Die Frage der Verschmelzung ist wider Erwarten nicht diskutiert worden, verschiedene Umstände sprachen dafür, nur rein informativ das bisherige Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß diese Angelegenheit wenig Interesse findet, das ist Zukunftsaufgabe, und werde ich in der nächsten Zeit auf Grund der Unterlagen die grundsätzliche und zweckmäßige Seite dieser Frage einmal in einem besonderen Artikel behandeln.

Wenn man aber zusammenschauend die gefaßten Beschlüsse von ihrer praktischen Seite aus objektiv

betrachtet, so kann ohne Ueberhebung festgestellt werden, daß der Verbandstag beibringt, was dem Wohle der Gesamtbewegung zu dienen, Fingerzeige gegeben hat, wo eingegriffen werden muß. Haben wir a l l e das große Ziel vor Augen, lassen wir uns nicht niederringen, dann kommt, allen Gewalten zum Trotz, für Millionen Erlösung und Befreiung durch den Sozialismus.

Fritz Opitz, Leipzig.

Zum Wirtschaftsplan der Reichsregierung.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit den in der Rede des Reichskanzlers von Papen vom 28. August angekündigten wirtschaftspolitischen Plänen der Reichsregierung. Einmütigkeit bestand darin, daß diese Pläne die Gewerkschaften zu scharfer Abwehr herausfordern müssen. Entschieden bekämpfen die Gewerkschaften vor allem die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen von Arbeitskräften für alle Betriebsangehörigen zu senken. Durch die Lohnkürzungen der letzten Jahre ist das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen bereits weit unter den Betrag gesunken, der zur Erhaltung der notwendigen Existenz unentbehrlich ist. Weitere Lohnsenkungen würden eine unerträgliche Verschärfung der sozialen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung sowie eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen und neue, gesteigerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die beabsichtigte Kürzung der Löhne steht auch im Widerspruch zu der vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster abgegebenen Erklärung, daß es der Sinn des Regierungsprogramms sei, der Deflationspolitik ein Ende zu machen.

Ueberdies ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es bei der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 Mk. für jeden neuangeestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern. Und auf die Kürzung der Löhne muß verzichtet werden, wenn die Reichsregierung der Mahnung des Reichspräsidenten, sie möge darauf achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gemehrt bleibe, gerecht werden will.

Der Zweck, Arbeitslose in Arbeit zu bringen, würde wirkungsvoll gefördert werden, wenn die in Aussicht genommene Steuerrückstattung ausschließlich auf solche Betriebe beschränkt bliebe, die durch Neueinstellungen von Arbeitskräften bei der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Durch eine solche Verringerung des Planes der Reichsregierung würden von der Summe von 1,5 Milliarden aus Steuermitteln, die nach dem Programm des Kabinetts in vollem Umfange bedingungslos angerechnet werden soll, erhebliche Beträge frei werden, die zur Inangriffnahme und Förderung von öffentlichen Arbeiten, also zu echter Arbeitsbeschaffung im Sinne der bekannten Forderungen der Gewerkschaften Verwendung finden müßten.

Augusttage 1932 in der Bundeschule des ADGB.

Wieder war es möglich, zehn Kollegen unseres Verbandes auf die ADGB-Schule zu delegieren. So zogen sie dann aus dem ganzen Reich auf, um aus der Rüststammer in Bernau mit neuen Waffen versehen zu werden.

Zunächst galt es, die im Umlauf befindlichen Gerüchte über die Schule zu kontrollieren. Von dem „Brunkbau“ redet man nur noch in fernster Provinz. Es hat sich herumgesprochen, daß Mauermörtel aus rohen, braunen Ziegeln schwerlich einen „Luzusbau“ repräsentiert. Dafür bürgert sich ein Wort aus der Nazi-Terminologie ein: Der Bau ist palastinesisch. Weder palastartig noch palästinesisch, sondern zweckmäßig bis zur äußersten Konsequenz, das ist das Urteil berer, die in der Schule wohnen und wirken konnten.

So bewegt die Augusttage, so reichhaltig auch der Arbeitsstoff, der zu bewältigen war. Die sich ergebenden, arbeitsrechtlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme wurden verquält mit den täglich neuen Fragen und Situationen, vor die uns besonders der August stellte. Wir erkannten, daß „die Rechtspredigung als Voraussetzung ihrer rechtsfindenden Tätigkeit den nun einmal gegebenen Zustand der Gesellschaft nimmt“. Mit besonderer Wucht und Eindringlichkeit wurde uns die unerträglich wichtige Aufgabe der Gewerkschaften im Befreiungskampf der Arbeiterklasse demonstriert. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen ergaben die Lösung: „Umbau der Wirtschaft“, „Umbau der Gesellschaftsordnung“. Um diese Parolen zu popularisieren, gelangten wir zu der Auffassung, daß die

Gewerkschaftsbewegung auf die Propagierung ihrer Ideen bei den Massen besonders Augenmerk richten muß. Agitation tut not! Denn: „Uns erschreckt kein Pessimismus, retten kann nur Sozialismus!“

Mit welcher Schwere diese Krise des ausweglosen Kapitalismus auf uns lastet, erhellt die Tatsache, daß von uns zehn Kollegen acht Kameraden aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind. Von der Erörterung organisatorischer Fragen mit unseren Hauptvorstandsmittgliedern abgesehen, bildeten wir mit 30 anderen Kollegen vom Schuhmacher- und Lederarbeiter-Verband eine Arbeitsgemeinschaft. Praktische Uebungen proletarischer Solidartät und Verschule, Disziplin zu pflegen, unterwarfen uns nebensächlich kulturpolitischer Schulung.

Einen Ausgleich für die teilweise ungewohnte geistige Arbeit gab die vorzüglich geleitete sportliche Betätigung. Mehrere Kollegen erlernten in der kurzen Zeit das Schwimmen.

Für das seibliche Wohl sorgte eine einfache, aber gute und rechtliche norddeutsche Küche. Hier waren dem Volkspatriotismus Grenzen gezogen. Die am lautesten nach ihren heimatlischen Anden schrien, wieslen die größten Gewichtszunahmen auf.

Die obliegende Besichtigung des repräsentativen Berlins konnte leider nicht den Eindruck vermitteln, den die Reichshauptstadt zu geben vermag.

Zum Schluß muß unterstrichen werden das freundschaftliche Verhältnis zwischen Schulleitung, Personal, Lehrerschaft und Kollegenzreis. Oftmals vereinten wir uns zu gemeinsamem Gedankenaustausch, auch mit Beamtentkollegen, die im Gesamtverband organisiert sind, und mit sozialistischen Studenten. Aber der Besuch unserer Verbandsfunktionäre

aus Berlin erwies, daß auch an der Beseitigung von Spannungen zwischen Schulleitung und Schülern zu arbeiten war.

Wir zehn Bernau-Schüler werden mit gesteigerter Aktivität wirken, von der die ganze Organisation erfasst werden muß für den proletarischen Klassenkampf! Freiheit! Hans Mariens, Berlin.

Das Ergebnis des Preisausschreibens für die studierende Jugend.

Um der studierenden deutschen Jugend trotz der Wirtschaftskrise die Freude an erster wissenschaftlicher Arbeit zu erhalten und sie zur Beschäftigung mit Fragen anzuregen, die ihnen das Wirken und Wollen der deutschen Gewerkschaften näherbringen, hatte der ADGB, vor 14 Jahren ein Preisausschreiben erlassen („Gewerkschafts-Zeitung“ 1918, S. 318). Das Preisrichterkollegium, das neben dem Bundesvorstand aus hervorragenden Wissenschaftlern bestand, hat jetzt sein Urteil über die eingegangenen Arbeiten abgegeben.

Die Aufgabe „Wirkungen des modernen Arbeitsrechts auf die Rechtsgestaltung der Sozialversicherung“ hat nur eine Bearbeitung gefunden, der freilich ein Preis nicht zuerkannt werden konnte.

Zur Aufgabe „Der Meinungsstreit um die Wirtschaftsdemokratie seit dem Hamburger Gewerkschafts-Kongreß“ lagen sechs Bewerbungen vor, von denen zwei mit je einem zweiten Preis ausgezeichnet wurden.

Zurück in das Mittelalter!

Hört man unsere Innungsführer, so kann ein Unbeteiligter sehr leicht zu der Ueberzeugung gelangen, die Wirtschaftskrise rühre nur von der Schwarzarbeit her. Durch die allgemeine Störung der normalen Produktion und durch die unzureichende Entlohnung der noch in Arbeit Stehenden ist die Konsumkraft breiter Volksschichten untergraben worden. Die Erwerbslosen können mit den viel zu niedrigen Unterstützungen nicht einmal mehr das nackte Leben fristen und greifen aus Verzweiflung zu jedem Rettungsanker, der sich ihnen bietet. Dies führt auch zu Schwarzarbeit, wenn auch nicht annähernd in dem Umfange, wie es unsere Arbeitgeber immer behaupten.

Unsere Stellung zur Schwarzarbeit ist bekannt. Wir treten ein für möglichste Verkürzung der Arbeitszeit bei auskömmlichen Löhnen, um möglichst viel Erwerbslose in den Betrieben unterzubringen. Dagegen verurteilen wir jede Nebenarbeit in Arbeit Stehender auf das schärfste. Menschlich begrifflich erscheint es uns jedoch, wenn ein angestellter Erwerbsloser sich einen Gewerbebescheinigung, um selbständige Arbeiten, die sich ihm bieten, auszuführen. Auch sind uns eine Anzahl Pressestimmen und Ausführungen führender Unternehmer bekannt, die direkt die Arbeitslosigkeit vieler Arbeiter als eine der Ursachen der großen Arbeitslosigkeit bezeichnen.

Hier, wo wir es nun mit Menschen zu tun haben, die arbeiten wollen, versuchen die Organisationen der Arbeitgeber Abwehrmaßnahmen gegen diesen Arbeitsmangel zu schaffen. So hat der Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Tapezierermeister, der Ende Juli in Mainz tagte, einen Antrag angenommen und dem Reichsverband des deutschen Handwerks zur Weiterleitung an die Reichsregierung und die rechtsstehenden Reichsparteien übergeben, in dem die Einschränkung der Gewerbebetriebe bjm. die Beschränkung der Gewerbeordnung gefordert wird. Verlangt wird u. a.: Die Kosten eines Gewerbebescheines dürfen nicht unter 100 Mk. betragen. Bei Abmeldung des Gewerbes soll die Rückgabe des Gewerbebescheines zur Pflicht gemacht werden, auch sollen Firmen- und Kellamerschilder bei Abmeldung des Gewerbes entfernt werden.

Dem beabsichtigten Wunsch eines Meisterbegünstigten, man möge doch Rücksicht auf die Kollegen nehmen, die in der heutigen Zeit gezwungen sind, ihr Gewerbe abzugeben, da sie sonst keine Unterstützung erhalten, wurde nicht entsprochen. Das Streben unserer Innungsführer, der Selbständigwerdung der Gehilfen von der finanziellen Seite her Hindernisse in den Weg zu legen, müdet uns reichlich mittelalterlich an. Noch ist ihr Antrag nicht Gesetz, aber wir möchten unsere Herren Arbeitgeber darauf verweisen, daß sie bei Stellung dieser Anträge immerhin reichlich unvorsichtig sind. Es tracht überall im Gebälk. Manche Firma, die heute noch auf hohen Rossen reitet, kann in kurzer Zeit schon dem Würgengel Kriege erliegen sein. Soll nun bei Zahlungseinstellungen auch die Rückgabe des Gewerbebescheines zur Pflicht gemacht werden oder erst dann, wenn ein Vergleich mit den Gläubigern nicht zu erzielen war?

Nazis wollen KPD. erobern!

Der „Westdeutsche Beobachter“ bringt in Nr. 177 vom 9. August 1932 eine außerordentlich bemerkenswerte Wahlbetrachtung von Wolfgang Ernst, der unter dem Titel „Auseinanderlegung mit dem Marxismus“ zunächst einmal zugeben muß, daß den Nationalsozialisten ein nennenswerter Einbruch in die Reihen des Proletariats bisher nicht gelungen ist. Im Gegensatz zu den größtenteils sinnigen Siegesbotschaften anderer Naziführer spricht er nur von einem „juhreit Boden“, der den Nazis abgewonnen wurde, um dann gleich fortzufahren:

„Aber wenn dem Feind die vordersten Gräben abgenommen werden, sind die Positionen noch nicht wesentlich erschüttert. Wenn die Front des Gegners zurückgedrängt wird, ist sie noch lange nicht durchbrochen. Jetzt stehen wir vor der ungleich viel schwierigeren Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Zwei Gruppen bilden die marxistische Front, eine lose zusammengewürfelte, von keiner mitreißenden Idee getragene künstlich aufgeschwemmte Masse, die KPD, und die in ihrer Struktur wesentlich fester gefügte gut fundierte Gruppe, die SPD. — Ein Einbringen in die Reihen der Sozialdemokratie ist schwer. Das Hauptfundament der SPD bilden die freien Gewerkschaften, die mit vier Millionen organisierten gereiften Arbeiter eine ungeheuer feste Stütze abgeben. Die KPD ist dagegen durch politische Konjunktur hochgeschwemmt. Einen kommunistischen Arbeiter zu überzeugen und in die große Armee der deutschen Zukunft einzugliedern, ist leichter, als einen Sozialdemokraten wider seinem Vaterlande zurückzugewinnen. Hier beginnt das gewaltige Aufgabenfeld der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen.“

Das ist mehr als deutlich. Die Nazis wollen nun das ernten, was das Zentralkomitee der KPD. mit

seinen unklaren Scheringer-Phrasen in den Köpfen der kommunistischen Anhängerhaft geist hat. Das nationalsozialistische Eingeständnis, daß von den beiden proletarischen Parteien nicht die KPD., sondern die SPD. der feste, unüberwindliche Block ist, mag aber manchem Arbeiter, der radikales Kraftmeiertum für Stärke hält, zeigen, wo eigentlich sein Platz ist: in den Reihen der freien Gewerkschaften und der mit ihnen verbundenen SPD.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Berlin. Die Berliner Ortsverwaltung hatte am 23. August ihre Funktionäre zusammengerufen, um über den Verlauf des Stuttgarter Verbandstages berichten zu können.

Der Kollege Osten führte aus, daß es Aufgabe des Verbandstages war, rücksehend zu prüfen und vorwärts neue Wege zu zeigen, die finanzielle Grundlage der Organisation neu zu schaffen, Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen. Die Belastung der Hauptkasse war überaus stark. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß die Kasse allen Anforderungen in dieser schweren Zeit gerecht geworden ist, aber die Reserven dürfen nicht reiflos verbraucht werden, und gerade darum war die Arbeit der Delegierten keine leichte.

Dem Verbandstag ging ein schlichter Begrüßungsabend der Gäste und Delegierten voraus. Anschließend berichtete Kollege Osten über die Berichte der Kollegen Gerhardt, Blume, Klebel, Engel und Rietmann an den Verbandstag.

Ein Vortrag des Kollegen Larnow vom ADSB. über die „wirtschaftliche und politische Situation“ fand den ungeteilten Beifall aller Delegierten.

Von den Beschlüssen und Statutenänderungen seien folgende hervorgehoben:

Zum Paragraphen 3 des Statuts wurde beschlossen, daß in Zukunft auch arbeitslose Berufsangehörige Mitglieder werden können. Die Karenzzeit zum Bezuge von Unterstützung wird von 52 auf 65 Wochen erhöht. Das Eintrittsgeld beträgt in Klasse 1—4 0,30 Mk., Klasse 5—10 0,60 Mk., Lehrlinge sind vom Eintrittsgeld befreit.

In der Beitragsfrage wurde eine neue Staffelung und Klasseneinteilung geschaffen. In Klasse 1 bei einem Stundenverdienst bis 0,30 Mk. Beitrag 0,30 Mk. und in der höchsten Klasse 10. Stundenverdienst über 1,11 Mk., Beitrag 1,20 Mk.

Als Neuerung wurde die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung beschlossen. Auch in der Invalidenunterstützung wurde die Karenzzeit zum Bezuge von Unterstützung von 700 auf 780 Wochenbeiträge erhöht.

Die Neuwahlen zum Hauptvorstand ergaben die Wiederwahl der bisherigen Kollegen gegen eine Stimme.

In der Diskussion zum Bericht des Kollegen Osten betonten einige Kollegen, daß die Beschlüsse des Verbandstages zugunsten der Kollegen ausgefallen seien. Der Kollege Gerhardt, sowie der Kollege Osten im Schlußwort konnten die Argumente dieser Kollegen zurückweisen, indem sie auf die tatsächlichen Verhältnisse hinwiesen.

Den Geschäftsbereich für das zweite Quartal erstattete Kollege Binkowff. Trotz aller Kürzungen der Löhne, sowie Warentarife ist es immer wieder gelungen, zu tariflichen Abschüssen zu kommen. Die rigorosen Abbaumünche der Unternehmer konnten eben durch das Eingreifen der Organisation größtenteils abgewehrt werden.

Die Lokalkasse schließt mit einem Bestand von 83 374,08 Mk. ab.

Der Mitgliederbestand beträgt 3035 Kollegen und 296 Kolleginnen. Paul Steinführ.

Bielefeld. Mitgliederversammlung vom 25. August. Kollege Vogt gab den Kassenbericht für das zweite Quartal 1932. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 3533 Mk., abgefunden an die Hauptkasse wurden 2360 Mk. Die Lokalkasse vereinnahmte 1164,70 Mk. und hatte eine Ausgabe von 924,08 Mk. Am Schluß des 2. Quartals waren 431 männliche und 125 weibliche Mitglieder vorhanden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Kollege Qualmann gab einen ausführlichen Bericht vom Verbandstag und hob hervor, daß derselbe unter dem starken Einfluß der Wirtschaftskrise stand. Die Sparmaßnahmen, die auf dem Verbandstag beschlossen wurden, und angefordigte weitere Maßnahmen beim weiter anhaltenden Niedergange, verursachten eine lebhafte Diskussion. Die Redner vertraten die Meinung, daß die getroffenen Maßnahmen nicht zur Zufriedenheit der Mitglieder ausgefallen sind. Die Delegierten hätten die Forderungen der Mitglieder nicht genügend vertreten. Den weiblichen Mitgliedern sei dadurch Unrecht geschehen, daß ihnen die von Bielefeld beantragte Aussteuerbeihilfe verweigert wurde. Die Mitglieder sind durch die Aufbringung der Beiträge arg belästet. Man beschloß

Sparmaßnahmen, wovon jedoch die Gehälter nicht in dem Maße betroffen wurden, wie die Leistungen in der Invalidenunterstützung, die Verlängerung der Karenzzeit auf 65 Wochen und anderes mehr. Kollege Qualmann forderte im Schlußwort auf, mitzuarbeiten am Aufbau unserer Organisation und empfiehlt den Mitgliedern, auch mal in einem Zeitungsartikel die Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Zum Beisitzer in den Erweiterten Vorstand wurde Kollege Triebts einstimmig als Kandidat aufgestellt.

Im Verschiedenen wurde die Auszahlung einer Extraauszahlung für die ausgesteuerten Erwerbslosen bekanntgegeben, welche vom 5.—8. September zur Auszahlung gelangen soll. Spörhaje.

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 23. August im Dresdner Volkshaus gab unser Delegierter, Kollege Adermann, seinen Bericht über den Verbandstag in Stuttgart. Auf Wunsch faßte er sich kurz über die einzelnen Vorstandsberichte. Ausführlich verlas er die Statutenänderungen und gab hierzu genügend Erläuterungen. Grundfächliches berichtete er aus dem Referat des Genossen Larnow vom ADSB.

Es war zu erwarten, daß sich an den Bericht eine Diskussion anschloß, die wiederum eine Stunde in Anspruch nahm, an welcher sich die Kollegen Brüdnier, Lehmann, Papprik, Krentz, Schneider und andere beteiligten. Hauptsächlich spielte die Gehaltsfrage eine Rolle; es wurde aber auch die Einstellung unseres Verbandes bei tariflichen und politischen Fragen kritisiert. Kollege Böhme, der als Gauleiter am Verbandstag teilgenommen hatte, berichtete, daß von den 27 Verbandstagsdelegierten fünf angestellte Kollegen waren, von den 22 Kollegen aus den Betrieben waren zehn erwerbslos. Die entscheidende Mitbestimmung auf diesem Verbandstag lag in den Händen der Mitgliedschaft.

Kollege Adermann konnte sich in seinem Schlußwort kurz fassen. Eine persönliche Erinnerung gab er dem Kollegen Lehmann. Für gegenwärtig sehr zwecklos bezeichnete er die Kritik der Opposition, die wir in Dresden auch nicht zu fürchten haben.

Zum zweiten Punkt, Geschäft- und Kassenbericht vom zweiten Quartal 1932, gab Kollege Böhme den Reuabschluss des Tarifvertrages im Tapezierergewerbe bekannt. In fast allen Branchen sind neue Lohnabkommen getätigt worden, wenn auch mit Abstrichen. Auf Wunsch der Tarifkommissionsmitglieder blieb trotz Unternehmerwiderstand unser Tarifgebäude bestehen.

Kollege Lippold hatte seinen Kassenbericht in schriftlicher Form vorgelegt, wenn auch in gedrängter Form; aber damit wollte er zum Ausdruck bringen, daß am Orte in jeder Weise gepart werden muß. Als Revisor stellte Kollege Bullod den Antrag auf Entlastung des Kassierers, der auch einstimmige Annahme fand.

Beschlußfassung zur Regelung der örtlichen Finanzverhältnisse stand als Brennpunkt auf der Tagesordnung.

Kollege Lippold als langjähriger Führer unserer Kassengeschäfte gab ein klares Bild über den Stand unserer Lokalkasse und brachte in Vorschlag, da wir auf Grund der Neustaffelung der Hauptkassenbeiträge auch die lokalen regeln müssen, diese gleich in Höhe der Invalidenbeiträge zu erheben, auch deshalb, weil ein besonderer Ausdruck eingepart werden soll. Des weiteren betonte er, daß die Hauptkasse auf Beschluß des Verbandstages von dem 5.-Pf.-Beitrag der erwerbslosen Mitglieder 2½ Pf. bekommt, somit der Lokalkasse nur 2½ Pf. übrigbleiben, für die wir aber kaum einen Hauskassiererschiden können. Wir halten es aber für unsere höchste Pflicht, unsere erwerbslosen Mitglieder weiterhin an unseren Verband zu fesseln und sie in allen Fragen zu betreuen. Um dies weiterhin tun zu können, wünscht er, daß wir wieder zum 10.-Pf.-Beitrag für die Erwerbslosenmarke kommen.

Kollege Müller teilte mit, daß die Ortsverwaltung sich eingehend mit dem Vorschlag Lippold beschäftigt habe, aber zum direkten Vorschlag ihrerseits nicht gekommen ist, sondern die Entscheidung der Mitgliederversammlung überlassen wollte. Er wünschte, bei der Debatte zu bedenken, daß der Bestand der Lokalkasse, sowie der Verwaltungsstelle am Orte auf dem Spiele steht.

Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, die mit einem Antrag des Kollegen Kohl endete, der besagt, daß von der Beitragsklasse 6 bis 10, außer dem von Lippold vorgeschlagenen Lokaltbeitrag in Höhe des Invalidenbeitrages, noch 10 Pf. pro Marke erhoben werden sollen. Die Erwerbslosen sollen nur 5 Pf. zahlen.

Lippold gibt bekannt, daß über die Höhe des Lokaltbeitrages der Hauptvorstand entscheidet. Viele Bedenken bleiben offen, so daß in Zukunft bestimmt nochmals über diese Frage gesprochen werden muß.

Die Versammlung stimmte dem Vorschlag der Ortsverwaltung zu, die angestellten Kollegen zur Generalversammlung neu zu wählen.

Raumann.

Ueberfendung von Tarifverträgen an Behörden anlässlich des Antrags auf Allgemeinverbindlichklärung.

Die zuständige Stelle im Bundesvorstand des ADGB ist im Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden, um die Durchführung der Allgemeinverbindlichklärungen zu beschleunigen. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin folgendes Schreiben an die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerichtet:

„In letzter Zeit mehrten sich die Klagen der begutachtenden Stellen der Landesregierungen, daß die Tarifverträge, zu deren beschleunigter Ueberfendung anlässlich der Bekanntmachung des Antrags auf Allgemeinverbindlichklärung aufgefordert wird, bei diesen Stellen vielfach verspätet eingingen. Durch diese Verzögerung werde eine gutachtliche Stellungnahme innerhalb der vom Reichsarbeitsministerium gesetzten Frist unmöglich gemacht; es müsse daher allgemein eine Verlängerung der Frist für die gutachtliche Beurteilung erbeten werden.“

In Anbetracht der kurzen Laufdauer, für die zur Zeit die Tarifverträge vielfach abgeschlossen werden, trage ich Bedenken, die Frist für die Erhebung von Einwendungen gegen den Antrag auf Allgemeinverbindlichklärung und damit die Frist für die Beurteilung der begutachtenden Stellen grundsätzlich zu verlängern. Eine Verzögerung der Entscheidung über die beantragte Allgemeinverbindlichklärung würde deren Zweck beeinträchtigen, zumal unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen davon abgesehen werden muß, die Allgemeinverbindlichkeit mit längerer Rückwirkung auszusprechen. Ich darf jedoch bitten, auf eine möglichst beschleunigte Ueberfendung der Tarifverträge im Falle der Antragstellung auf Allgemeinverbindlichklärung besonderes Augenmerk zu richten.

Der Reichsarbeitsminister.
A. A. gez. Dr. Kaldweller.

Es liegt im Interesse einer schnellen Erledigung der gestellten Anträge, wenn unsere Funktionäre dieses Erläuterung nach schnellster Ueberfendung der in Frage kommenden Tarifverträge nachkommen.

Erlern die Stenographie!

Der „Arbeiterstenographenverein Groß-Berlin“, der seit Jahrzehnten die Ausbreitung und Pflege der Stenographie unter der Massenbewussten Arbeiterschaft erstrebt, eröffnet im September wieder Anhängerturke in Reichstagsstraße in den verchiedenen Stadtteilen. Kursusdauer 16 Abende, je einmal wöchentlich. Das Kursusgeld einschließlich Lehrmittel beträgt für Erwachsene 8 Mk., für Jugendliche unter 18 Jahren 6 Mk. und für Erwerbslose 4 Mk. Weitere Auskunft erteilt gern der Vorsitzende: Otto Benghoefer, Weiten (Markt), Wilhelmstraße 10 a.

Das Fahrrad

Ist noch niemals so sehr begehrt worden wie in diesem Jahr. Man darf deshalb in diesem Jahr auch kaum von einer Fahrradflut im üblichen Sinne sprechen. Das Mißverhältnis, das zwischen den Einkünften der Arbeiter und Angestellten einerseits und den hohen Fahrradpreisen andererseits besteht, hat gerade den kleinen Mann dazu benommen, wieder das Fahrrad als das billigste und bequemste Verkehrsmittel zu bevorzugen. Man muß deshalb in diesem Jahr damit rechnen, daß mit dem Juli/August die eigentliche Fahrradflut durchaus nicht zu Ende ist, sondern daß das Fahrrad, solange es das Wetter erlaubt, und das kann bis tief in den Oktober hinein sein, begehrt bleibt. Unter Eigenunternehmen, das Eindecar-Fahrradwert in Berlin-Lichtenrade, gibt uns für diese Feststellung sehr interessante Aufschlüsse.

Der Erlaß- und Zubehörteileverkauf ist in diesem Jahr ganz ungewöhnlich groß gewesen. Das beweist, daß so mancher sich seines alten Fahrrades, das er im Keller oder auf dem Boden verstaubt hatte, wieder erinnert hat. Die alten Fahrräder, soweit sie überhaupt noch verwendungsfähig waren, müssen also wieder zu Ehren gekommen sein, nachdem sie einer gründlichen Restaurierung unterzogen wurden.

Daneben läuft ein verhältnismäßig guter Absatz an neuen Fahrrädern. Verhältnismäßig gut deshalb, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse ja nicht besser, sondern schlechter geworden sind und bei den geringen Einkünften heute der Kauf von Fahrrädern höher zu bewerten ist als sonst. Das weiß unser Eigenunternehmen, das Eindecar-Fahrradwert, am allerbesten zu würdigen.

Eindecar verkauft seine Fahrräder heute schon ab 62 Mk. Die Wochenraten betragen ab dem fatalogmäßigen Modell 40 nur 2 Mk. Günstigeres kann unseren Kollegen heute nicht geboten werden, da das wöchentliche Fahrgeld normalerweise höher liegt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das Fahrrad nicht nur seine Aufgabe als Berufsrad erfüllt und nach einem kurzen Zeitabschnitt schon in das Eigentum des Käufers übergeht, sondern ebenso

hoch zu bewerten ist ja auch das Fahrrad als das billige und bequeme Verkehrsmittel oder für das Wochenende, kurz für die Erholung. — Vergelt darum nicht, bei Bedarf von Fahrrädern auch an eine der Niederlagen des Wertes resp. an die Ortsausläufe des ADGB zu wenden oder aber den Hauptfahrlag gratis vom Wert in Berlin-Lichtenrade anzufordern.

Fernunterricht an den Wirtschaftsschulen.

Am 1. Oktober 1932 beginnt der neue Fernunterrichtslehrgang 1932/33 an der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin und an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Laut Vereinbarung sollen von Verbandsvorständen in erster Linie nur solche Gewerkschaftsmitglieder zur Teilnahme am Fernunterricht zugelassen werden, die der Verband für eine künftige Delegation zur Wirtschaftsschule für ausrichtsvoll hält. Gesuche von Verbandsmitgliedern um Aufnahme in den Fernunterricht sind bis 21. September an den Hauptvorstand unseres Verbandes einzureichen. Die Kosten für Teilnahme am Fernunterricht, die sehr gering sind, hat der Teilnehmer selbst zu tragen.

Kampagne zur Verkürzung der Arbeitszeit.

(IGB.) Nachdem sich die Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) neuerdings energisch für die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen hat und durch Besprechungen zwischen der Regierung und Industriellen Vorschläge in den Vordergrund gerückt wurden, denen zufolge durch eine 10prozentige Herabsetzung der Arbeitszeit von den 11 Millionen Arbeitelosen 3 Millionen in Beschäftigung gebracht werden sollen, geht die A. F. of L. einen Schritt weiter, indem sie verlangt, daß die Arbeitswoche und der Arbeitstag ohne Begrenzung so stark gekürzt werden müssen, daß alle Arbeitslosen wieder in Beschäftigung kommen. In diesem Sinne hofft sie auf die baldige Einberufung der von der Exekutive der A. F. of L. dem Präsidenten Hoover vorgeschlagenen nationalen Wirtschaftskonferenz zur Beschlußfassung über praktische Maßnahmen.

Arbeitsminister Doat, der sich schon früher wiederholt auf diesem Gebiet als äußerst fortschrittlich hervorgetan hat, geht noch einen Schritt weiter, indem er die Arbeitszeitverkürzung nicht nur als eine Krisenmaßnahme, sondern in erster Linie als eine grundsätzliche Anpassung an die technische Entwicklung im allgemeinen betrachtet. Er stellt sich damit auf den Boden der Kampagne zur Verkürzung der Arbeitszeit, die der Internationale Gewerkschaftsbund schon vor Jahren zu einer Zeit eingeleitet hat, als die Krise noch nicht besondere Gründe zur beschleunigten Behandlung dieser Frage gab.

Arbeitsminister Doat sagte in diesem Zusammenhang anlässlich einer Besprechung im Weißen Haus mit Industrievertretern, Wissenschaftlern, Sozialpolitikern usw., daß die Frage der kürzeren Arbeitswoche den Rahmen einer bloßen Krisenmaßnahme überschritten habe. Er glaube, daß die Arbeitszeitverkürzung als endgültige Maßnahme die Gestaltung des amerikanischen Wirtschaftslebens bestimmen sollte. Er fuhr fort: „Ich war immer für einen kürzeren Arbeitstag und eine kürzere Arbeitswoche, und bis jetzt ist nichts geschehen, was mich von dieser Meinung abbringen könnte. Es scheint, daß nun auch die Industrie im allgemeinen zugunsten eines praktisch durchführbaren Planes ist. Wir hoffen, daß wir in nächster Zukunft auf diesem Gebiete praktische Fortschritte erzielen werden.“

Nachdem nun auch das Internationale Arbeitsamt beschlossen hat, die von der Arbeiterchaft seit Jahren geforderte Verkürzung der Arbeitszeit zum Gegenstand einer speziellen Sitzung des Verwaltungsrates zu machen, ist nicht einzusehen, weshalb diese Frage nicht als Weltproblem behandelt wird; denn eine beträchtliche Arbeitszeitverkürzung als sofortige Maßnahme ist ohne Reibungen und verhärtete Dumpingerscheinungen eigentlich nur im größten Rahmen durchführbar!

Rundschau

England standardisiert Lederfarben. Wie wir erfahren, sind in England neuerdings Bestrebungen im Gange, die Lederfarben zu standardisieren. Es ist vom British Colour Council beabsichtigt, in Gemeinschaft mit den Feinlebergerbern eine Farben-

karte herauszugeben, um dadurch die Zahl der Lederfarben wesentlich zu verringern.

Eisenbahn und Kraftwagen. Wie verhängnisvoll für die Eisenbahnen der Wettbewerb des Autos geworden ist, geht aus den Zahlen hervor, die Prof. M. Saigew, Zürich, vor kurzem in einem Vortrag nannte. Danach beträgt der durch jenen Wettbewerb hervorgerufene Ausfall für die Schweizer Bundesbahnen zwischen 30 und 40 Millionen Fr., für die Reichsbahn etwa 400 Millionen Mark.

Bücherchau

Junge Frau von 1914. Arnold Zweig, dessen großer Roman „Der Streik um den Sergeanten Grisca“ als eines der besten Bücher der Kriegszeit bezeichnet wurde, hat die Absicht, einen Romanzyklus zu schreiben, von dem der „Grisca“ nur ein Teil sein soll. Jetzt ist das zweite Buch dieses Zyklus, „Junge Frau von 1914“, in kleinen, sorgfältig ausgestatteten, Preis 2,70 Mk., bei der Buchergilde Gutenberg, die bereits den „Grisca“ in einer Nebenausgabe für ihre Mitglieder herausgebracht hat, erschienen. Der neue Roman ist wie der „Grisca“ in sich abgeschlossen und hat zu dem früher erschienenen Buch keine anderen Beziehungen als die gleiche Zeit der Ereignisse, das Hinterland der Fronten und einige Figuren. Der Soldat Berlin, im „Grisca“ eine Nebenfigur, rückt hier zu einer tragenden Romanfigur auf. Er ist der Geliebte und später der Gatte dieses jungen Mädchens, dieser späteren „Jungen Frau von 1914“, deren Schicksal Arnold Zweig so darstellten wollte, daß dieses eine Schicksal des Vorfahren einer ganzen Generation enthalte.

Der Krieg donnert in diesem Buch nur in der Ferne. Der Dichter hat die Heimat und die Gläube während dieses Krieges in seinem Buche eingelassen. Eine barstenden Mittel und seine Sprache sind von höchster Kultur und Freiheit. Das ist wieder einmal ein Buch, das ausgerichtet ist in jahrelanger Arbeit und das deshalb in unserer Zeit der schnell hingeschleuderten Manuskripte auffallen muß. Die große Liebe, die der Dichter allen Figuren seines Romans entgegenbringt, ob sie ihm nahe stehen oder ob er sie im Interesse seiner Hauptpersonen bekämpfen muß, diese große Liebe ist es, die auch dem neuen Buch von Arnold Zweig zu einem Erfolg verhelfen muß, der ein literarischer Erfolg und mehr: ein menschlicher Erfolg ist.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 5. September bis zum 11. September ist der 37. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine fünfundzwanzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Name	Beruf	Eingetret.
Rutkowski, Adolf	Tapezierer	5. 1. 07
Laabs, Oskar	Autofahler	23. 3. 07
Jahns, Otto	Tapezierer	25. 5. 07
Krause, Wilhelm	Tapezierer	24. 8. 07

Meerane i. Sa.

Schulze, Fritz Sattler 26. 8. 02

Verammlungskalender

Celzig, Mittwoch, 14. September, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Sektionsversammlung der Tapezierer. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Vollzähligen Besuch erwartet. Die Branchenleitung.

Meerane i. Sa. Sonnabend, den 17. September, abends 7/8 Uhr, im Volkshaus, Meerane, Versammlung mit anschließendem gemütlichem Beisammensein. Unser Gauleiter, Kollege R. Böhme, erstattet den Bericht vom Verbandstag.

Die Ortsverwaltung.

Zwidau i. Sa. Sonnabend, 10. September, abends 7 Uhr, findet im „Gewerkschaftsheim“ unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag. Referent: Kollege Hermann Schulze, Chemnitz. Es wird erwartet, daß es sich jedes Mitglied zur Pflicht macht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Sterbefafel.

Gestorben sind: Dresden. Am 28. August nach langem Siechtum unser invalides Mitglied, der Sattler, Kollege Paul Böhme, im Alter von 65 Jahren, nach 32jähriger Mitgliedschaft.

Candenberg a. d. W. Am 31. August der Sattler, Kollege Magimilian Müller, im Alter von 49 Jahren.

Nürnberg. Die Portefeuilierin, Kollegin Frieda Bauer, im Alter von 39 Jahren. Ehre ihrem Andenken!